

Europawahl 2019

Die Wahl zum europäischen Parlament am 26. Mai ist auch für die deutschen FH/HAWs in der European University Association von zentraler Bedeutung. Nicht nur in der Forschung, auch in der Lehre spielen Mobilität und Kooperation mit unseren europäischen Nachbarn und Partnern eine unverzichtbare Rolle. Für unsere Forschenden, Lehrenden sowie Studierenden ist ein freies Europa, ein europäischer Forschungs- und Bildungsraum unverzichtbar. Um dieser Grundhaltung zu entsprechen, haben sich die deutschen EUA-FH/HAW-Hochschulen auf ihrer Jahreskonferenz 2019 in Karlsruhe dazu entschlossen, die aktuell im Bundestag vertretenen Parteien zu ihrer hochschulpolitischen Position, zu ihren Strategien und Zielen zu befragen.

Befragt wurden die aktuell im Bundestag vertretenen Parteien (AfD, Bündnis90/Die Grünen, CDU, CSU, Die Linke, FDP, SPD). Bis zum 13.05.2019 eingegangene Antworten finden Sie in diesem Dokument.

Frage 1: In welcher Weise würden Sie sich zu den Grundprinzipien, die in der Magna Charta Universitatum festgehalten sind, positionieren und aktiv werden? Wie beurteilen Sie den Umgang der Europäischen Union mit der Freiheit von Forschung und Lehre in den einzelnen Mitgliedsstaaten?

Antwort der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (**CDU**) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (**CSU**)

Die Magna Charta Universitatum wurde ins Leben gerufen, um gewisse grundlegende Prinzipien im akademischen Leben festzulegen und die Idee der Universität, bzw. Hochschulen zu schützen. Als Grundvoraussetzung des akademischen Prinzips gelten dabei die Autonomie der Hochschulen sowie die Freiheit von Forschung, Lehre und Ausbildung. CDU und CSU unterstützen diesen Schulterschluss der Universitäts-/Hochschulpräsidenten und -rektoren für Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie ausdrücklich.

Um die europaweite Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Mitgliedstaaten zu garantieren, sprechen sich CDU und CSU dafür aus, diese für jedes Mitgliedsland künftig von einem unabhängigen Expertenrat regelmäßig zu überprüfen. Bei schwerwiegenden, nachgewiesenen Verletzungen wird der betroffene Staat vor den Europäischen Gerichtshof gebracht. Im Fall einer Verurteilung muss es Sanktionen geben. Dazu wollen CDU und CSU das Einstimmigkeitsprinzip in diesem Bereich beenden. Das Verhängen solcher Strafmaßnahmen soll künftig nur durch eine Mehrheitsentscheidung vom Europäischen Parlament oder dem Ministerrat gestoppt werden können.

Mit Blick auf die von der Schließung bedrohte Central European University (CEU) in Budapest hat sich der Freistaat Bayern auf Initiative von Manfred Weber bereit erklärt, die CEU zu unterstützen.

Antwort der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (**SPD**)

Die Grundsätze der Magna Charta Universitatum unterstützt die Sozialdemokratie vollumfassend. Freie Wissenschaft und Forschung sind die Voraussetzung für neue Ideen, Innovationen und kritisches Wissen über die Gesellschaft und die Zusammenhänge unseres Handelns. Sie sind deshalb unverzichtbar für die erkenntnisbasierte Politikberatung und eine Stütze für ein demokratisches Gemeinwesen. Wir sehen mit Sorge Entwicklungen in der Welt und in Europa, wissenschaftliche Erkenntnisse oder kritische Diskussionen zu entwerten oder vollständig kurzfristigen politischen Zielen unterzuordnen.

Insbesondere im Zusammenhang mit Polen und Ungarn und den auf sie bezogenen Verfahren gem. Art. 7 EU-Vertrag, haben wir als Sozialdemokratie wiederholt auf inakzeptable Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit hingewiesen. Vor allem in Bezug auf die Central European University in Budapest, deren Status nach wie vor nicht zufriedenstellend geklärt ist.

Zuletzt haben wir im November 2018 unsere Forderung nach einem umfassenden, dauerhaften und objektiven EU-Mechanismus zum Schutz der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte im Parlament bekräftigt und betont, dass ein solcher Mechanismus jetzt dringender denn je benötigt wird. Wir wollen einen Mechanismus, der Mitgliedsstaaten bei Verstößen gegen rechtsstaatliche Standards die Zuwendungen aus dem EU-Haushalt spürbar kürzt. Dabei ist klar: Es werden die nationalen Regierungen sanktioniert und nicht die Empfängerinnen und Empfänger von EU-Geldern.

Antwort der Freien Demokratischen Partei (**FDP**)

Universitäten sollen autonome Institutionen sein. Ihre wissenschaftliche Freiheit ist zu schützen. Wir Freie Demokraten wollen Hochschulen von zentraler Steuerung und von unnötigen bürokratischem Aufwand befreien. Wir wollen insgesamt die Autonomie und eigenverantwortliche Gestaltungskraft der Hochschulen sicherstellen. Das geht bis hin zu einer eigenen Verantwortung für das Personal oder für die Gestaltung und Profilierung des Lehr- und Forschungsbetriebes.

Wir Freie Demokraten streben zudem punktuell die Gründung neuer Hochschulen in Trägerschaft der EU an. Die aus Ungarn vertriebene Central European University Budapest (CEU) sollte von der EU als erste Europäische Hochschule anerkannt werden. Einem zunehmend illiberalen und nationalistischen Umfeld setzt sie Weltoffenheit und ein freies Gesellschaftsbild entgegen. Auch in Wien trotz sie rechts- populistischen Anfeindungen. Damit verkörpert die CEU den europäischen Gedanken wie

kaum eine andere Hochschule. Die Anerkennung der CEU wäre ein starkes Signal für den Europäischen Hochschulraum. Sie brächte eine neue Dynamik in die stark gedrosselte Umsetzung Macrons großer Idee europäischer Universitäten.

Antwort von Bündnis90/Die Grünen

Wir GRÜNE unterstützen den Bologna-Prozess, der die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen verbessern und eine hohe Qualität der europaweiten Hochschulbildung garantieren soll. Wir machen uns auch für die Freiheit von Lehre und Forschung stark. Mit Sorge beobachten wir deshalb die Einschränkung dieser Freiheiten in einigen Mitgliedstaaten und verurteilen z. B. die Regierung in Ungarn für ihr Vorgehen gegen die Central European University. Die EU hat im Bildungssektor sehr begrenzte Kompetenzen, was ein entschiedenes Handeln erschwert. Wir GRÜNE werden alle Mittel ausschöpfen, um die Einschränkung der Freiheit von Lehre und Forschung zu verhindern.

Frage 2: Inwieweit ist ein gemeinsamer europäischer Hochschul- und Forschungsraum für Sie relevant? Welche weiteren Schritte verfolgen sie zur Verstärkung des Zusammenwirkens der Higher Education Area und der EU?

Antwort der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)

CDU und CSU stehen dafür, dass Europa im harten globalen Wettbewerb weiterhin eine Spitzenposition einnimmt. Daher schaffen wir beste Bedingungen für Forschung und Innovation. Konkret werden wir das nächste Leit- und Rahmenprogramm der EU für Forschung und Entwicklung, „Horizont Europa“, mit ausreichend Geld ausstatten, um Innovationen von der Idee bis zur Marktreife zu fördern. Dazu wollen wir es zu einem Innovationsbudget mit dem Label „Future made in Europe“ weiterentwickeln. Zudem leisten wir einen Beitrag zur länderübergreifenden Forschungskooperation, indem wir unsere exzellenten Forschungseinrichtungen vernetzen.

Des Weiteren unterstützen wir die Bildung Europäischer Hochschulnetzwerke. Sie stärken nicht nur das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Jugend, sondern sie dienen auch der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Zugleich wollen wir exzellente europäische Universitäten und Hochschulen gezielt fördern.

Antwort der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (**SPD**)

Die Schaffung eines gemeinsamen Hochschul- und Forschungsraumes ist neben der Schaffung eines Europäischen Bildungsraumes der Kern europäischer Bildungspolitik. Europa ist die Antwort und vor allem der Bologna-Prozess und der europäische Hochschulraum waren die geeigneten Antworten auf die bildungspolitische Nationalstaaterei. Die Beteiligung am Bologna-Prozess war richtig, die Ziele noch immer aktuell: die Mobilität von Studierenden, die Vergleichbarkeit von Abschlüssen, der Praxisbezug des Studiums. Bei der Umsetzung ist noch nicht alles erreicht. Wir wollen den Erfolg der Reformen sichern. Dafür müssen wir Qualitätsanreize setzen, damit Studieneingangsphasen flexibler gestaltet, Freiräume zur individuellen Studiengestaltung ausgeweitet und die ausufernde Spezialisierung von Studiengängen deutlich verringert werden.

In diesem Sinne wollen wir die Bologna-Konferenz zu einer Europäischen Hochschulkonferenz weiterentwickeln. Diese soll konkrete Maßnahmen vereinbaren, um im Europäischen Hochschulraum die Wissenschaftsfreiheit zu sichern, Bildungsteilnahme zu verwirklichen sowie mehr Mobilität, Austausch und Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Hierzu gehört für uns in besonderem Maße auch der Einsatz für die Abschaffung von Studiengebühren im europäischen Hochschulraum.

Junge Europäerinnen und Europäer sollen in der ganzen Europäischen Union ihren Weg gehen können. Wir wollen, dass Bildungsabschlüsse und weitere nachweisbare Qualifikationen in allen Mitgliedsstaaten selbstverständlich und unbürokratisch gegenseitig formal anerkannt werden. Trotz aller Verbesserungen bestehen immer noch Schwierigkeiten, die Unsicherheit und ungerechtfertigte Mobilitätshindernisse bedeuten. Deshalb ist unser Ziel eine standardmäßige automatische Anerkennung von Qualifikationen.

Gerade unter den Studierenden wollen wir ein starkes europäisches Gemeinschaftsgefühl fördern. Mit einem einheitlichen europäischen Studiausweis beseitigen wir bürokratische Hindernisse und ersparen jungen Menschen aufreibende Behördengänge

Antwort der Freien Demokratischen Partei (**FDP**)

Wir Freie Demokraten wollen Studieren, Forschen und Lehren europäischer gestalten. Seit Jahrhunderten sind die Universitäten Europas Orte der internationalen Begegnung und der vereinten Suche nach universalen Wahrheiten. Dafür soll die Europäische Union den Ausbau grenzüberschreitender Hochschulnetzwerke vorantreiben. Die Partneruniversitäten sollen internationale Studiengänge anbieten, multinationale Forschungsvorhaben durch zwischen ihnen abgestimmte Forschungszulagen erleichtern und Studierende, Forschende und Lehrende aller akademischen Fachbereiche mehrsprachig auf ein Leben und Wirken in Europa vorbereiten. Neben diesem Bottom-up-Ansatz streben wir auch punktuell die Gründung neuer Hochschulen in Trägerschaft der EU an.

Digitale Lehr- und Lernangebote sollen dabei im Fokus stehen, um Bildung standortunabhängig für Menschen aller Altersgruppen in ganz Europa zugänglich machen. Über „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) und weitere innovative Formate soll eine European Digital University (EDU) das Fernstudium für alle Studierenden ermöglichen.

Wir Freie Demokraten wollen auch die existierenden exzellenten Forschungszentren in der Europäischen Union stärker vernetzen. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse haben keine Staatsbürgerschaft, sondern fördern den Fortschritt überall in unserer Gesellschaft und der Welt, wenn wir sie teilen.

Antwort von Bündnis90/Die Grünen

Wir sprechen uns für die Schaffung eines Europäischen Bildungsraumes aus und fordern von der Kommission und den Mitgliedstaaten ein größeres politisches Engagement sowie größere finanzielle Mittel, um die Realisierung voranzutreiben. Außerdem möchten wir die Forschungs- und Kulturprogramme erheblich aufstocken.

Frage 3: Wie beurteilen Sie die Funktion und die finanzielle Ausstattung der Forschungsprogramme der EU in den nächsten sieben Jahren und wo sehen Sie besondere Chancen der Nutzung der Forschungsprogramme durch die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften?

Antwort der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)

CDU und CSU unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, das Budget von „Horizont Europa“ deutlich zu erhöhen. Angesichts der Bedeutung von Forschung und Innovation für den Wohlstand Europas wollen wir uns dafür einsetzen, dass sowohl die erkenntnisgeleitete als auch die anwendungsorientierte Forschung in allen Säulen des neuen Forschungsrahmenprogramms gestärkt wird.

Mit ihrer Expertise und ihrem Know-how tragen die Hochschulen für angewandte Wissenschaften insbesondere dazu bei, die Fragen der Zukunft wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit zu beantworten. Sie sind ein wichtiger Pfeiler der Forschung und Entwicklung in Europa, wenn es um die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen geht.

Antwort der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (**SPD**)

Unser Ziel bleibt es, Europa zur führenden Innovationsregion der Welt zu machen. Europa muss wieder stark darin werden, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zügig in soziale, kulturelle und ökonomische Innovationen umzusetzen. Um Europas Spitzenposition in der Forschung auszubauen wollen wir, dass alle EU-Mitgliedstaaten das Ziel erreichen, bis 2025 mindestens 3% ihres Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung zu investieren.

Dazu sollen die Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene zusammen mit der Europäischen Union zu verbindlichen Verabredungen kommen. In Deutschland haben wir uns darüber hinaus das Ziel gesetzt, bis 2025 einen Anteil von 3,5 % am BIP zu erreichen.

Gleichzeitig wollen wir die Europäischen Forschungsrahmenprogramme stärken. Bildung und Forschung müssen in der kommenden Finanzperiode 2021-2027 finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Im Rahmen des Europäischen Forschungsrahmenprogrammes HORIZON wir vor allem die Förderung der Verbundforschung gute Perspektiven für die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften eröffnen. Darüber hinaus sehen die mit dem ERASMUS+ Programm beförderten grenzüberschreitenden Kooperationen und Netzwerke ausdrücklich eine Beteiligung von HAWs/FHs vor. Schließlich wollen wir ab 2021 durch das Programm InvestEU die europäische Förderung innovativer Start-ups spürbar verbessern. Dies ist vor allem bei Ausgründungen durch Studierende und Mitarbeitende interessant.

Antwort der Freien Demokratischen Partei (**FDP**)

Wir Freie Demokraten glauben, dass der Schwerpunkt europäischer Investitions- offensiven in den nächsten Jahren im Bereich der Bildung und Forschung liegen muss. Exzellente Bildung und freie Forschung sind die Voraussetzungen für Innovation und Wohlstand und somit die Garanten einer besseren Zukunft für Europa. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Forschung künftig ein stärkerer Förderungsschwerpunkt im EU-Haushalt ist.

Hochschulen für Angewandte Wissenschaften spielen für uns Freie Demokraten eine zentrale Rolle, um spezifische Forschungsfragen zu bearbeiten und den Transfer von Wissen zwischen Hochschulen und Wirtschaft zu intensivieren. Die Praxisorientierung und die Innovationskraft der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften stellen einen wesentlichen Standortfaktor im internationalen Wettbewerb dar. Treibende Kraft der Innovation ist zudem die offene Grundlagenforschung, zu deren praktischer Umsetzung die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaft erforderlich ist. Beides wollen wir voranbringen.

Antwort von **Bündnis90/Die Grünen**

Wir GRÜNE begrüßen die von der Kommission vorgeschlagenen Budgeterhöhungen für Horizon Europe, fordern aber eine Erhöhung, die über die Vorschläge der Kommission hinausgeht. Wir wollen mehr europaweite

Kooperation erreichen und mehr finanzielle Mittel für den Austausch von Forscher*innen bereitstellen. Wir fordern zudem eine stärkere Förderung der angewandten Wissenschaften, zum Beispiel im Gesundheitsbereich, aber auch im Klima- und Umweltbereich.

Frage 4: Wie beurteilen Sie den Beitrag der europäischen Hochschulen zur europäischen Idee und zur Mobilität in der Arbeitswelt? Durch welche Maßnahmen möchten Sie studentische Mobilität weiter unterstützen?

Antwort der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (**CDU**) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (**CSU**)

Innerhalb der EU herrscht Freizügigkeit, so dass die Mobilität der Studierenden garantiert ist. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die Jugend Europas die Vorteile der Europäischen Union unmittelbar erleben kann. Dazu wollen wir die Austauschprogramme ausbauen. Das Interrail-Ticket im Rahmen des „DiscoverEU“-Programms soll es künftig für jeden 18-Jährigen kostenlos geben. So können die jungen Menschen leichter Europa entdecken und über Grenzen hinweg Freundschaften schließen. Über das Europäische Solidaritätskorps schaffen wir Möglichkeiten für junge Menschen, an Freiwilligen- oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen. Um die Mobilität von Schülern, Auszubildenden und Studierenden zu fördern, werden wir die Mittel für das neue Programm Erasmus+ deutlich erhöhen.

Zudem hat Deutschland Mobilitätshindernisse im weiteren Sinne bereits in der Vergangenheit ausgeräumt: Neben den Programmen des DAAD und der EU ist insbesondere auf das Auslands-BAföG hinzuweisen. Ergänzend treten CDU und CSU für die flächendeckende Einführung eines europäischen Studierendenausweises ein, der ebenfalls geeignet ist, die Mobilität der Studierenden zu fördern.

Antwort der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (**SPD**)

Gerade für junge Menschen ist Europa kein fernes Projekt mehr, sondern Realität und Lebensgefühl. Wir wollen, dass mehr junge Menschen die Möglichkeit bekommen, durch Austauschprogrammen den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen. Alle jungen Europäerinnen und Europäer sollen eine Fördermöglichkeit bekommen. Dafür wollen wir die Finanzmittel des erfolgreichen Programms Erasmus+ in der nächsten Förderperiode verdreifachen und das Programm stärker bewerben und es vor allem auch für Azubis, Menschen in Ausbildung und sozial benachteiligten jungen Menschen öffnen. Ohne die Hochschulen wäre ERASMUS+ sicherlich nicht das weltweit erfolgreichste Austauschprogramm seiner Art.

Antwort der Freien Demokratischen Partei (FDP)

Wir Freie Demokraten wollen, dass junge Menschen Ausbildungschancen in jedem EU-Land ihrer Wahl haben und wollen daher Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit einführen. Um die Mobilität von Studierenden und Lehrenden an allen Hochschulen in Europa weiter zu stärken, wollen wir eine neue Dynamik für Bologna.

Wir wollen etwa, dass die Hochschulen in Europa noch stärker miteinander vernetzt werden. Als Maßnahmen schlagen wir beispielsweise einen einheitlichen europäischen Semesteranfangskorridor vor, um Auslandsaufenthalte zu erleichtern. Ein weiterer Baustein einer stärkeren Vernetzung sind Studiengänge mit Doppelabschlüssen, die an zwei Partnerhochschulen in mindestens zwei verschiedenen Ländern studiert werden können.

Wir setzen uns zudem für die Ausweitung des Erasmus+-Programms auf allen Ebenen von Bildung und Ausbildung ein. Der Ausbau der Mittel für Erasmus+ soll noch mehr jungen Menschen einen Studien- oder Praktikumsaufenthalt im europäischen Ausland ermöglichen. Die hohen Zugangshürden der Förderprogramme müssen dabei dringend gesenkt werden.

Ebenso wollen wir Nachwuchstalente fördern, indem wir die Stipendienkultur auf europäischer Ebene ausbauen, zum Beispiel durch die Vergabe von Forschungsstipendien aus Mitteln der Europäischen Union. Dazu gehört auch ein Programm für ein Europastipendium (ähnlich dem Deutschlandstipendium), das an Studierende vergeben wird, die nach ihrem Schulabschluss zum Studium in ein anderes Land wechseln.

Antwort von Bündnis90/Die Grünen

Europäische Hochschulen leisten einen enormen Beitrag zur europäischen Idee. Wir möchten das Budget des neuen Erasmus+ Programms erheblich erhöhen, um die Teilnehmerzahlen zu verdreifachen. Außerdem kann eine erfolgreiche Fortführung des Bologna-Prozesses dazu beitragen, studentische Mobilität zu erhöhen, wenn Bürger*innen auch mit Abschlüssen aus anderen Mitgliedstaaten die Möglichkeiten haben, der gewünschten Tätigkeit im Heimatland ohne Einschränkungen nachzugehen.